

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ■ Willy-Brandt-Platz 1 ■ Kaiserslautern

An den
Oberbürgermeister
Herrn Dr. Klaus Weichel
– im Hause –

**Fraktion im Stadtrat
Kaiserslautern**

Rathaus Kaiserslautern
Zimmer 201

Willy-Brandt-Platz 1
67655 Kaiserslautern
Tel.: +49 (631) 68500
Tel.: +49 (631) 365-2403
ratsfraktion@gruene-kl.de

Kaiserslautern, 04. April 2023

Betreff: Jobticket

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Fraktion DIE GRÜNEN bittet Sie um die Aufnahme des Antrags „Jobticket“ auf die Tagesordnung der nächsten Stadtratssitzung.

Beschlussvorschlag

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, unverzüglich das vom Stadtrat bereits mehrfach geforderte Jobticket für die städtischen Beschäftigten einzuführen, spätestens jedoch zum 1.7.2023. Hierbei sollte auf das neue Jobticketmodell des VRN zurückgegriffen werden, das aus dem Jobticket zugleich ein Deutschlandticket macht und zum 1. Mai 2023 ebenfalls eingeführt wird.

Es ist sicherzustellen, dass bei der Ermittlung des Bedarfs alle Berufsgruppen und Dienststellen der Stadt berücksichtigt werden, also auch z.B. Erzieher*innen in den Kitas, Schulsekretär*innen und Reinigungskräfte. Ebenso wird festgelegt, dass alle interessierten Beschäftigten in den Genuss eines Jobtickets kommen können.

Begründung

Der Stadtrat hat in dieser Legislaturperiode bereits mehrfach den politischen Wunsch geäußert, für die Beschäftigten der Stadt Kaiserslautern ein Jobticket einzuführen. Ebenso sind im Doppelhaushalt 2023/24 bereits jeweils 100.000 Euro für das Jobticket eingestellt. Erst am 12.10.2022 hat der Stadtrat die Einführung eines Jobtickets beschlossen, allerdings war zu diesem Zeitpunkt das Deutschlandticket noch nicht abschließend auf den Weg gebracht, auf dessen Grundlage der VRN ein modifiziertes, äußerst kostengünstiges und flexibles Jobticket entwickelt hat, das auch für Kaiserslautern attraktiv ist.

Beim neuen Jobticket des VRN wird vom Deutschlandticket mit 49,-- Euro als Grundbetrag ausgegangen. Auf diese 49,-- Euro zahlt der Arbeitsgeber, also die Stadt KL, einen Zuschuss von 12,25 Euro (entspricht einem Zuschuss von 25%). Hinzukommt ein Zuschuss des Bundes von 5% auf jedes Jobticket (also 2,45 Euro), so dass am Ende für die Beschäftigten ein Ticketpreis von 34,30 Euro herauskommt.

Das Ticket ist monatlich kündbar. Eine Mindestlaufzeit besteht nicht. Ebenso gibt es keine Mindestabnahme.

Wenn von durchschnittlich 600 interessierten Beschäftigten ausgegangen wird, werden für die Stadt Kosten in Höhe von 88.200 Euro jedes Jahr anfallen ($600 \times 12,25 \text{ Euro} \times 12 \text{ Monate}$). Dies unterschreitet den bisherigen Haushaltsansatz von 100.000 Euro.

Die Einnahmen aus dem Jobticket würden der SWK Verkehrs AG zugutekommen und zur Refinanzierung des städtischen Busverkehrs beitragen.

Aktuell ermöglicht die Stadt Kaiserslautern ihren Bediensteten ein verbilligtes Parken in der Meuthstraße, allerdings werden diejenigen, die mit dem ÖPNV zur Arbeit fahren, bisher überhaupt nicht unterstützt. Diese Praxis steht in einem krassen Missverhältnis zu den Beschlüssen, die der Stadtrat in den letzten Jahren zum Klimaschutz und zur Mobilitäts- und Verkehrswende gefasst hat.

Durch den erfolgreichen Vertrieb des Jobtickets könnte der Bedarf der städtischen Beschäftigten an Parkplätzen in der Meuthstraße rückläufig sein, so dass diese Parkflächen zu ortsüblichen Preisen vermietbar wären und somit zur Refinanzierung des Jobtickets beitragen könnten.

Auf nahezu jeder Sitzung des Personalausschusses des Stadtrates wird von Seiten der Stadtverwaltung und des Stadtvorstandes auf den Fachkräftemangel und auf die Probleme bei der Rekrutierung von geeignetem Personal hingewiesen. Insofern könnte das Jobticket auch dafür geeignet sein, sich als attraktiver und seriöser Arbeitgeber auf dem Stellenmarkt zu präsentieren.

Mit freundlichen Grüßen

